



Merkblatt zur Erhebung von personenbezogenen Daten im Rahmen der Datenübermittlung zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht

(Informationspflicht nach Art. 13 und 14 DSGVO)

Stand: 14.03.2022

1. Namen und Kontaktdaten des Verantwortlichen

(Art. 13 Abs. 1 Buchst. a/Art. 14 Abs. 1 Buchst. a DSGVO)

Verantwortlicher:

Landratsamt Ilm-Kreis
Gesundheitsamt
Leitende Amtsärztin
Ritterstraße 14
99310 Arnstadt

Kontakt:

Telefon: 03628 738-500
E-Mail: ges@ilm-kreis.de

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

(Art. 13 Abs. 1 Buchst. b/Art. 14 Abs. 1 Buchst. b DSGVO)

Postanschrift:

Landratsamt Ilm-Kreis
Datenschutzbeauftragter
Ritterstraße 14
99310 Arnstadt

Kontakt:

Telefon: 03628 738-117
E-Mail: datenschutz@ilm-kreis.de

3. Zwecke der Datenverarbeitung

(Art. 13 Abs. 1 Buchst. c 1. Halbsatz/Art. 14 Abs. 1 Buchst. c 1. Halbsatz DSGVO)

Die Datenverarbeitung dient im Verwaltungsrecht grundsätzlich dem vom Antragsteller verfolgten Zweck und stützt sich dabei auf das im jeweiligen Fachgebiet einschlägige Verwaltungsrecht, jeweils immer in Verbindung mit dem für das Verfahren gültigen Datenschutzrecht.

In den übrigen Rechtsgebieten werden die Daten zur Anbahnung oder aufgrund von Verträgen erhoben.

In einigen Fällen werden Kontaktlisten/E-Mail-Verteiler geführt, die auf rein freiwilligen Angaben beruhen und die der besseren Zusammenarbeit mit Behörden, Vereinen und Einzelpersonen dienen.

4. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

(Art. 13 Abs. 1 Buchst. c 2. Halbsatz/Art. 14 Abs. 1 Buchst. c 2. Halbsatz DSGVO)

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt auf der Grundlage von:

Datenschutz-Grundverordnung DSGVO in Verbindung mit dem Thüringer Datenschutzgesetz ThürDSG und dem Infektionsschutzgesetz.

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern

(Art. 13 Abs. 1 Buchst. e/Art. 14 Abs. 1 Buchst. e DSGVO)

Ihre personenbezogenen Daten erhalten folgende Empfänger bzw. Kategorien von Empfängern:

innerhalb des Verantwortlichen

→ Gesundheitsamt bzw andere Ämter bzw. Bearbeiter, soweit das die Bearbeitung erfordert oder gesetzlich vorgeschrieben ist

Auftragsverarbeiter

→ im Ausnahmefall Softwareanbieter, wenn nicht ausgeschlossen werden kann, dass im Rahmen der Wartung und Pflege der EDV-Anwendungen der Hersteller des Verfahrens mit personenbezogenen Daten in Kontakt kommt

Dritte (außerhalb des Verantwortlichen)



→ Keine

6. Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation

(Art. 13 Abs. 1 Buchst. f/Art. 14 Abs. 1 Buchst. f DSGVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden **nicht** an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt.

7. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung der Dauer

(Art. 13 Abs. 2 Buchst. a/Art. 14 Abs. 2 Buchst. a DSGVO)

Die Dauer der Datenspeicherung richtet sich nach der die Datenerhebung begründenden Rechtsgrundlage und kann kurzfristig (bei einfachen Informationen) bis dauernd (z. B. bei Bauanträgen) sein. Unterlagen, die eine Zahlung begründen, werden mindestens sechs Jahre aufbewahrt, die zugehörigen Buchungen zehn Jahre. Vorgänge im Verwaltungsverfahren werden nach Abschluss des Verfahrens noch einige Jahre aufbewahrt, z. B. zehn Jahre bei Leistungen der Sozialhilfe.

8. Rechte der Betroffenen im Rahmen der Verarbeitung

(Art. 13 Abs. 2 Buchst. b/Art. 14 Abs. 2 Buchst. c DSGVO)

Die nachfolgenden Rechte bestehen nur nach den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen und können auch durch spezielle Regelungen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann grundsätzlich nicht mehr (Art. 21 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten und diese Daten einem anderen Verantwortlichen zu übermitteln, (Art. 20 DSGVO).

9. Recht auf Widerruf der Einwilligung bei einer Verarbeitung nach Art. 6 Abs. 1 Buchst. a oder Art. 9 Abs. 2 Buchst. a DSGVO

(Art. 13 Abs. 2 Buchst. c/Art. 14 Abs. 2 Buchst. d DSGVO)

Wenn die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf einer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 Buchst. a oder Art. 9 Abs. 2 Buchst. a DSGVO) beruht, haben Sie das Recht, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

10. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

(Art. 13 Abs. 2 Buchst. d/Art. 14 Abs. 2 Buchst. e DSGVO)

Im Rahmen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde nach Art. 77 Abs. 1 DSGVO. Dies ist in Thüringen der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Häßlerstraße 8, 99096 Erfurt (www.tfdi.de).



11. Gesetzliche oder vertragliche Pflicht zur Bereitstellung der Daten

(Art. 13 Abs. 2 Buchst. e DSGVO)

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten kann

- gesetzlich vorgeschrieben
- vertraglich vereinbart oder
- für einen Vertragsabschluss erforderlich sein.

Deshalb können Sie - je nach Sachverhalt - verpflichtet sein, personenbezogene Daten bereitzustellen. Wenn Sie **trotz Verpflichtung** die personenbezogenen Daten nicht bereitstellen, kann Ihr Anliegen nicht bearbeitet werden. In einigen Rechtsgebieten kann die Verpflichtung mit Zwangsmitteln (z. B. Zwangs- und Bußgelder) durchgesetzt werden.

12. Quelle der personenbezogenen Daten

(Art. 14 Abs. 2 Buchst. f DSGVO)

Die Daten werden aufgrund der Meldepflicht des § 20 bzw § 20a Infektionsschutzgesetz.

13. Automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß

Art. 22 Abs. 1, 4 DSGVO

(Art. 13 Abs. 2 Buchst. f/Art. 14 Abs. 2 Buchst. g DSGVO)

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt **nicht** mittels automatisierter Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs. 1, 4 DSGVO.

14. Weiterverarbeitung für einen anderen Zweck

(Art. 13 Abs. 3/Art. 14 Abs. 4 DSGVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden **nicht** für einen anderen Zweck weiterverarbeitet als den, für den die Daten erhoben wurden. Eine Ausnahme bilden hierbei gesetzliche Regelungen und die unter Punkt 12 erwähnten Sachverhalte.